



**Projektland: Chile**

**Quartal/Jahr: April bis Juni 2010**

**Der Wiederaufbau nach dem Erdbeben vom 27. Februar sowie die Bewertung der Anfangsphase der neuen Regierung sind die Themen, die die politische Agenda im Berichtszeitraum bestimmten.**

**Aussenpolitische Entscheidungen deuteten auf die Linie der neuen Regierung hin, eine konsensorientierte Aussenpolitik zu führen sowie einer weiteren Polarisierung Lateinamerikas entgegenzuwirken.**

**Die finanziellen Aussichten kann man trotz der Wiederaufbaukosten positiv bewerten – So betragen die Staatsschulden des Landes nur 11% des jährlichen Landesbruttosozialproduktes. Es wird mit einem Wachstum des chilenischen BIP von 4,5 bis 5,5 Prozent in diesem Jahr gerechnet (Goldman Sachs).**

### **Innenpolitik**

Die letzte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Adimark“ bestätigt eine stabile Unterstützung der Regierung des Präsidenten Piñeras seit der Amtseinführung am 11. März 2010 durch die Bevölkerung. (April: 50%; Mai: 53%; Juni: 52%). Besorgniserregend ist jedoch die starke Zunahme (März: 18%; Mai: 30%; Juni: 34%) der Befragten, die die Regierungsarbeit des Präsidenten negativ bewerten. Die besten Ergebnisse wurden in den Bereichen der Internationalen Beziehungen (67% Zustimmung) und der Bildungspolitik (58% Zustimmung) erzielt.

Die neue Mitte-Rechts-Regierung hatte einige anfängliche Schwierigkeiten, was sich in mangelnder Koordinierung, Fehlernennungen, Schwierigkeiten in der Besetzung vieler Posten sowie Interessenkonflikten des Präsidenten zeigte. Hinzu kam, dass die Anfangsphase der neuen Regierung Chiles massgeblich vom Wiederaufbau nach dem schweren Erdbeben vom 27. Februar geprägt wurde.

Dass das Regieren nach 20 Jahren Oppositionsrolle durchaus eine Herausforderung darstellte, wurde beispielsweise durch die mangelnde Koordinierung bzw. Nichtachtung der Autoritäten innerhalb der Parteien deutlich, die bereits in den ersten Tagen nach der Amtseinführung zu Unstimmigkeiten mit der Exekutive führten. Das Bestreben Piñeras, die wichtigsten Posten innerhalb der Regierung mit Technokraten und Personen aus dem ausserpolitischen Bereich zu besetzen, führte zu Unmut und Enttäuschung innerhalb der Parteien Renovación Nacional (RN) und Unión Demócrata Independiente (UDI). Die Mitglieder fühlten sich zum Einen in Bezug auf ihre politischen Fähigkeiten hintergangen, zum anderen sahen sie in dem Mangel an politischer Erfahrung der vom Präsidenten ausgewählten Personen ein Risiko für den Erfolg der Regierung. Somit wurden die Stimmen für einen härteren Kurs gegen die eigene Regierung immer deutlicher.

Dass die Bewertung der Regierung (Kabinett) von der chilenischen Gesellschaft in der obig erwähnten Umfrage erstmalig in der Geschichte positiver als die des Präsidenten selbst ausfällt, ist laut Experten Folge der bis heute bestehenden Interessenkonflikte des Präsidenten im Bereich der Wirtschaft. Sebastián Piñera versprach im Rahmen des Wahlkampfes, sich vor der Amtseinführung von sämtlichen Geschäften, die zu potentiellen Interessenkonflikten führen könnten, zu trennen. Dennoch verkaufte er erst Ende März den Rest seiner ursprünglichen 26-Prozent-Beteiligung an der Fluggesellschaft LAN. Weiterhin ist er bis dato der Eigentümer des Fernsehkanals Chilevisión, obwohl aktuell im Kongress über ein Gesetz zur Regelung des digitalen Fernsehens diskutiert wird (ein Bereich, innerhalb dessen nur die Exekutive über die Gesetzesinitiative verfügt). Die Senatoren der Opposition verweigern nun die Bestätigung der neuen Besetzung des in der Verfassung vorgesehenen Nationalen Rates für Fernsehen (Consejo Nacional de Televisión) bis zu einem Verkauf von Chilevisión durch den Präsidenten. Doch die Kritik kommt nicht nur aus den Reihen der Opposition. Auch Mitglieder der Regierungsparteien fordern den Präsidenten Piñera zu einem zügigen Verkauf des Kanals auf.

Die Solidarität, die der milliardenschwere Präsident nun für die besonders einkommensschwache Bevölkerung an den Tag legt, wird ihm von Kritikern demnach auch häufig als Populismus ausgelegt.<sup>1</sup>

Hinzu kommt der Zeitverlust, der die verzögerte Besetzung der neuen Posten im Regierungsapparat mit sich brachte und in politischen Kreisen das Gefühl der mangelnden Entscheidungsfähigkeit bzw. -autonomie der Minister gegenüber dem Präsident erweckte.

Ebenso wurden im Nachhinein Nachlässigkeiten in Bezug auf die Auswahl von Mitgliedern der Exekutive festgestellt. So mussten beispielsweise Regierungsmitglieder bereits einige Tage nach ihrer Ernennung aufgrund von Vorwürfen wegen Menschenrechtsverletzungen in der Zeit der Militärregierung wieder zurücktreten. Die grösste öffentliche Aufmerksamkeit wurde durch den Rücktritt des erst im April ernannten Botschafters Chiles in Argentinien, Miguel Otero, erregt, der die Pinochet-Regierung teilweise im Rahmen eines Interviews rechtfertigte, was der Linie der Regierung, sich vom Schatten Pinochets zu distanzieren, eindeutig widerspricht.

Die grösste Herausforderung im Rahmen der ersten Monate der neuen Regierung stellten dennoch die Folgen des schweren Erdbebens vom 27. Februar (12 Tage vor der Amtseinführung des Präsidenten!) dar. Diesem fielen 521 Menschen zum Opfer, aktuell werden noch 56 Personen vermisst. Die Sachschäden belaufen sich auf rund 24 Milliarden Euro, das sind rund 18 Prozent des chilenischen Bruttoinlandsprodukts. Für den Wiederaufbau der zerstörten bzw. beschädigten öffentlichen Infrastruktur werden rund sieben Milliarden Euro benötigt. Mehr als 200.000 private Wohneinheiten, 200 Brücken, 79 Krankenhäuser, 56 Gesundheitsstationen sowie Tausende von Betrieben wurden in Mitleidenschaft gezogen. Der Wiederaufbau in der besonders betroffenen Küstenregion um die Stadt Concepción wird auf mehrere Jahre geschätzt.

Fast fünf Monate nach dem 8,8 Grad starken Beben und dem anschließenden Tsunami ist das öffentliche Leben aktuell immer noch beeinträchtigt. Die Bewältigung der unmittelbaren Notlage sowie die Erstversorgung der Opfer erforderten den Einsatz sämtlicher Mittel der Regierung. Präsident Piñera setzte dem Kabinett eine Frist von 45 Tagen zur Notunterbringung der Opfer, der Gewährleistung der Hauptinfrastruktur

---

<sup>1</sup> Die Nacht, die der Präsident im Erdbebengebiet in einer der Notunterkünfte verbrachte, um am nächsten Tag mit den Opfern Chile bei der Fussball-Weltmeisterschaft zu unterstützen, wurde ihm hierbei nicht von allen Seiten positiv anerkannt.

sowie der Normalisierung des Schulbetriebs. Parallel zur Stabilisierung der Situation war eine Überarbeitung des ursprünglichen Regierungsprogramms von Nöten, um es an die neuen Umstände anzupassen.

Die in der Verfassung vorgesehene Rede vom 21. Mai vor dem Kongress könnte man demnach zum einen als Zeichen einer erfolgreichen Stabilisierung der Notsituation sowie als Anfang des tatsächlichen Wiederaufbaus sehen. Zum anderen wollte Präsident Piñera verdeutlichen, dass die Regierung trotz der enormen Herausforderungen bezüglich des Wiederaufbaus die Ziele des ursprünglichen Regierungsprogramms nicht vernachlässigen wird.

Ein weiterer Schwerpunkt der Rede lag auf der Erläuterung des Regierungsprogramms der neuen konservativen Regierung. Piñera, selbst ein wirtschaftsliberaler, rechtskonservativer Unternehmer, betonte ein weiteres Mal die Prinzipien des Wahlbündnisses: Soziale Marktwirtschaft, Chancengleichheit sowie die Förderung der sozialen Integration der gesamten Gesellschaft.

Mangelnde Chancengleichheit, Armut sowie ungleiche Einkommensverteilung sind aus Sicht Piñeras die dringlichsten Probleme, die in den nächsten vier Jahren angegangen werden müssen. So ist Chile mit einem Gini-Index von 52,0 Punkten eines der ungleichsten Länder der Welt. Mit der Überwindung der absoluten Armut, einem jährlichen Wirtschaftswachstum von sechs Prozent sowie der Schaffung von einer Million neuen Arbeitsplätzen strebt die Regierung bis zum Jahre 2018 den Sprung Chiles von einem Schwellen- zu einem entwickelten Land an.

Zur Umsetzung dieses ambitionierten Vorhabens setzt die Regierung zum Einen auf sozialpolitische Massnahmen insbesondere zugunsten einkommensschwacher Familien. Das Regierungsprogramm sieht vor, die Sozialausgaben in den kommenden vier Jahren zu erhöhen sowie eine Art negative Einkommenssteuer für einkommensschwache Familien einzuführen. Eine solche finanzielle Unterstützung zwischen 70 und 400 Euro, die ca. zwei Millionen bedürftigen Chilenen zugute kommen wird, erfolgt jedoch nur nach der Erfüllung bestimmter Bedingungen (Arbeitssuche oder Weiterbildung, Schulbesuch der Kinder etc.).

Weitere Ziele der Regierung sind die Erleichterung des Zugangs zur Arbeitswelt sowie Lohngleichheit für Frauen, eine Erhöhung der Subventionen für das Schulgeld sowie eine Senkung des Krankenversicherungsbeitrages für Rentner von aktuell sieben Prozent. Das Regierungsprogramm setzt zudem auf eine Unterstützung der mittleren Einkommensschicht. So sind beispielsweise Bürokratieabbau und Steuervergünstigungen für kleine und mittlere Unternehmen (Pequeñas y Medianas Empresas - PyMEs), die fast vier Fünftel aller Arbeitsplätze ausmachen, geplant. Zahlreiche Gesetze zu Steuererleichterungen sind hier bereits dem Kongress vorgelegt worden.

Die Verteilungsproblematik wird aktuell besonders im chilenischen Bildungs- und Gesundheitssystem erkennbar, was eine tief gespaltene chilenische Gesellschaft zur Folge hat. Noch immer stehen die privaten, qualitativ hochwertigen den minderwertigen, öffentlichen Institutionen gegenüber. Besonders die hohen Studiengebühren verbauen vielen Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien den sozialen Aufstieg bzw. die Chance, dem Teufelskreis der Armut zu entrinnen. In Piñera werden nun grosse Hoffnungen auf Reformen gesetzt.

Ebenso ist die neue Regierung dabei, das System der inneren Sicherheit zu reformieren. So hat der Präsident bereits während des Wahlkampfes betont, die

Kriminalität stärker bekämpfen zu wollen. Hier kommt es insbesondere auch auf die Implementierung eines Gefühls der Sicherheit an. Die Anzahl der Polizisten erhöhte sich aktuell um 2000, schwerpunktmässig jedoch zwar im Barrio Alto der Hauptstadt Santiago.

Um der insbesondere bei der jüngeren Generation festzustellenden stetig sinkenden Wahlbeteiligung entgegenzuwirken, möchte die Regierung auch das Wahl- und Parteienrecht reformieren. Mit dem Ziel einer bürgernäheren, transparenteren sowie partizipativeren Demokratie sollen in den nächsten Monaten alle Wahlberechtigten automatisch in das Wahlregister eingetragen werden. Die vorher verpflichtende Stimmabgabe ist nun freiwillig. Ebenso sollen sich auch im Ausland lebende Chilenen an der Wahl beteiligen können. Das von vielen Seiten kritisierte binominale Wahlrecht bleibt jedoch vorerst unverändert. (Dieses führte in den letzten Jahren zu einer verstärkten Spaltung der Parteien in zwei dominierende Lager und gab kleineren Parteien bzw. unabhängigen Kandidaten kaum Möglichkeiten einer Mitwirkung im politischen System.)

Zur Kontrolle der Realisierung der vorgesehenen Massnahmen ist die Institutionalisierung einer "Delivery Unit" innerhalb der kommenden drei Monate vorgesehen.

Die ambitiösen sozialpolitischen Massnahmen zugunsten der unteren sozialen Schichten sowie die geplante Unterstützung der Mittelklasse führte zu einer positiven Beurteilung der Rede durch die chilenische Bevölkerung. Insbesondere im Zuge der schweren Schäden durch das Erdbeben bat der Präsident in der Rede die Opposition noch einmal um ihre Unterstützung im Rahmen einer "Politik der Nationalen Einheit". Denn bereits kurz nach der Amtseinführung der neuen Regierung war klar geworden, dass die Concertación eine harte Opposition führen würde. Die Hoffnungen der Regierung auf eine „Honey-Moon-Zeit“ in der Anfangsphase erfüllten sich also nicht. Diese Haltung wird insbesondere durch das Vorhaben Piñeras, sich zur politischen Mitte zu bewegen und eine liberale Agenda zu führen, bestimmt. Die Concertación versteht Themen wie Steuererhöhungen und die gesetzliche Regelung von Lebensgemeinschaften (Hetero- und Homosexuelle) als eigene. Wenn eine Mitte-rechts Regierung nun auf solche Themen eingeht, verliert die Concertación ihre eigene Agenda. Ohne Inhalte und Orientierung bleibt nur noch die Verfolgung eines harten Kurses gegen die neue Regierung.

Die Exekutive musste jedoch auch bei Abgeordneten und Senatoren der eigenen Reihen eine intensive Überzeugungsarbeit leisten. Insbesondere die angekündigten Steuererhöhungen stießen auf Ablehnung bei Parlamentariern der Regierungsparteien. Der renommierte Think Tank Libertad y Desarrollo übernahm eine Führungsrolle und erarbeitete in Zusammenarbeit mit Kongressmitgliedern der UDI einen Gegenvorschlag zum Regierungsvorhaben.

Das Vorhaben der katholischen Kirche Chiles, zur zweihundertjährigen Unabhängigkeitsfeier des Landes (September 2010), eine Petition zur Begnadigung von Straftätern an die Regierung zu richten, bestimmt die aktuelle politische Diskussion. Zielgruppe der Initiative sind Gefangene über 70 Jahren, Schwerkranke, physisch und psychisch Behinderte sowie Mütter mit kleinen Kindern. Hier stellt sich die Frage, ob auch aufgrund von Menschenrechtsverletzungen Inhaftierte begnadigt werden sollen.

## Aussenpolitik

Um noch in diesem Jahrzehnt das Einkommensniveau der Industrieländer zu erreichen, zielt auch die Aussenpolitik der neuen Regierung auf eine Integration Chiles in die Weltwirtschaft ab. Dies lässt sich nur durch die Förderung von regionaler wie auch internationaler Stabilität und Zusammenarbeit erreichen. Die bisher getroffenen aussenpolitischen Entscheidungen deuteten auf die Linie der neuen Regierung hin, eine konsensorientierte Aussenpolitik zu führen sowie einer weiteren Polarisierung Lateinamerikas entgegenzuwirken.

Es lässt sich erkennen, dass Präsident Piñera eine einheitliche Außenpolitik, langfristige Ziele und nationale chilenische Interessen der Durchsetzung parteipolitischer Ziele vorzieht.

Dieses Bestreben ist zum einen in der Unterstützung des ehemaligen Präsidenten Argentiniens Néstor Kirchner als Generalsekretär der regionalen Staatenorganisation UNASUR zu erkennen. Der Ehemann der amtierenden Präsidentin Argentiniens, Cristina Fernández de Kirchner, rechnete prinzipiell mit der Unterstützung des linken Blocks der Region (Brasilien, Bolivien, Ekuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela). Dennoch sicherte Piñera bereits im Rahmen seines ersten Staatsbesuches, der in Argentinien stattfand, die chilenische Unterstützung für die Kandidatur des ehemaligen Staatsoberhauptes zu.

Beide Entscheidungen deuten auf das Vorhaben der Regierung hin, die Beziehungen zu Brasilien und Argentinien unabhängig von politischen Präferenzen zu pflegen.

Die 2008 durch Peru eingereichte Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag um die Seegrenze im Pazifik belastet weiterhin die bilateralen Beziehungen. Falls der IGH Perus Ansprüchen nachkommt, könnte das Land 35.000 Quadratkilometer in der bisher zu Chile gehörigen 200-Seemeilen-Zone bewirtschaften. Der chilenischen Regierung misslang es diesbezüglich, Ekuadors Parteinahme im Zuge der Klage für sich zu gewinnen. Die Unterstützung Ekuadors wäre für die chilenische Position von äusserster Wichtigkeit gewesen, da die Verträge der Jahre 1952 auch von Ekuador unterzeichnet wurden.

Auch wenn Präsident Piñera die bolivianisch-chilenischen Beziehungen im letzten Quartal weiter intensiviert, wurden auch diese von der IGH-Klage Perus beeinflusst. Bis heute unterhalten die beiden Länder seit 1978 lediglich konsularische Beziehungen. Präsident Morales sieht in der Klage Perus um die Seegrenze weiterhin eine Behinderung der seit dem Salpeterkrieg (1884) bestehenden Forderung Boliviens auf einen souveränen Zugang zum Meer. Trotz dieser Streitigkeiten steht die Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Integration mit Bolivien und Peru weiterhin auf der Prioritätenliste der Regierung Piñeras. So bleibt Peru beispielsweise das zweitwichtigste Zielland für Investitionen chilenischer Unternehmen.

## Wirtschaft

Die finanziellen Aussichten Chiles kann man trotz der Wiederaufbaukosten positiv bewerten – So betragen die Staatsschulden des Landes nur 11% des jährlichen Landesbruttosozialproduktes, ein Ergebnis des soliden Haushalten mit den Kupfereinkommen der vorherigen Regierung. Es wird mit einem Wachstum des chilenischen BIP von 4,5 bis 5,5 Prozent in diesem Jahr gerechnet (Goldman Sachs).

Die Zentralbank Paribas rechnet damit, dass die Zinsen bei niedrigen 0,5 Prozent belassen werden, statt sie, wie ursprünglich erwartet, zu erhöhen. Zwar ist ein kurzfristiger Anstieg der Inflationsrate möglich, internationale Finanzinstitute sagen Chile jedoch eine Führungsrolle bezüglich des lateinamerikanischen Wirtschaftswachstums voraus. Gemäss des unternehmensfreundlicheren Kurses des Präsidenten Piñeras setzt dieser auf eine Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft sowie der Effizienz, mit einem angestrebten Wirtschaftswachstum von 6% bis zum Jahre 2018.

Der Wiederaufbau nach dem Erdbeben wird größtenteils durch weitgehende Sparmaßnahmen im Staatsapparat, den Verkauf von staatlichen Aktivvermögen sowie durch Steuererhöhungen für große Unternehmen finanziert. Hier sollte die aktuelle Diskussion um ein „Wiederaufbaugesetz“ (ley de reconstrucción) erwähnt werden, dass eine Steuererhöhung von 4% für die Bergbauindustrie (Royalty) erhebt.

Die wahren Kosten, die in den nächsten Jahren auf die neue Regierung zukommen werden, kann man im Moment lediglich erahnen.<sup>2</sup> Diese hängen vor allem von der Beeinträchtigung der Exportwirtschaft ab, insbesondere Probleme im Bereich der Logistik. Denn vor allem bei Zellulose, Holz und Lebensmittel (Lachs) werden Ausfälle bei den Ausfuhren erwartet, bedenkt man, dass von den Häfen Talcahuano und San Vicente nahe des Epizentrums die meisten Produkte der Forstwirtschaft nach Asien verschifft werden.

Ein weiterer Faktor ist der Arbeitsplatzverlust von rund 93.000 Arbeitnehmern (Daten ILO), der die bereits hohe Arbeitslosenrate vor dem Erdbeben weiter anhub. Der Arbeitsplatzverlust, vor allem in der Landwirtschaft, der Fischerei und im Handel, konzentrierte sich besonders auf die am schlimmsten betroffenen Gegenden. Piñeras Vorhaben ist es, rund 200.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Empfohlen werden hier die Wiederaufnahme von Produktionskapazitäten in den betroffenen Regionen sowie die Gewährung von staatlichen Subventionen und Bankkrediten insbesondere bei kleinen Unternehmen.

Anfang Juli beschloss der Senat die Erhöhung des Mindestlohns um 4,2% von 165.000 CP auf 172.000 CP (ca. 249€). Zwar gab es keine Opposition, jedoch Stimmenthaltungen seitens Parlamentarier der Concertación, die eine weitere Erhöhung erhofft hatten. In Bezug hierauf sollte erwähnt werden, dass trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und des rasanten Wirtschaftswachstums Chile aktuell einen der höchsten GINI-Indices weltweit aufweist.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ  
Autor: Jorge Sandrock  
Redaktion: Jorge Sandrock - Julia Stubenrauch  
Lazarettstr. 33 – 80636 München –  
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359  
E-Mail: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – Homepage: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
Erstellt am: 9. Juli 2010

---

<sup>2</sup> Diesbezüglich sollte erwähnt werden, dass rund 13 Millionen von den 16 Millionen Einwohnern von dem fünf stärksten je gemessenen Erdbeben direkt betroffen waren.